

Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes
und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter.

Nr. 2

Erscheint alle 14 Tage. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle. Preis 1.— M für das Vierteljahr.

Köln, den 16. Januar 1926.
Geschäftsstelle Denloerwall 9. Fernruf West 57259

Redaktionschluss Montags vor dem Erscheinungstage. Inseratentnahme durch die Geschäftsstelle. Preise nach Vereinbarung.

23. Jahrg.

Führertagung der christlichen Gewerkschaften.

Seit einer Reihe von Jahren hat sich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Brauch herausgebildet, daß die Führer der Bewegung — Verbandsvorsitzende, Redakteure und Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes — die stille Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr benutzen, um sich in mehrtägigen Beratungen auszusprechen über all das, was zu ihren Obliegenheiten gehört. In den Vorjahren fanden diese Konferenzen in Bethel statt. Nachdem die christliche Arbeiterschaft in Königswinter am Rhein ein eigenes Erholungsheim erworben, das auch für Konferenzzwecke sehr geeignet ist, fand die diesjährige Aussprache in den Tagen vom 28. bis 30. Dezember dort statt.

Die Tagung befaßte sich mit den wichtigsten Fragen, die die deutsche Arbeiterschaft zurzeit berühren. Eine Reihe grundlegender Vorträge leitete die sehr rege und fruchtbare Aussprache ein. Die Vorträge behandelten die derzeitige

Stellung der deutschen Arbeiterschaft im öffentlichen Leben

und das Verhältnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Arbeitgebertum und zur sozialistischen Bewegung; die wirtschaftliche Lage, die Zusammenhänge zwischen Lohn- und Preispolitik und die Aufgaben der Gewerkschaften auf diesen Gebieten; Stand und Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswezens; die Konzentration der Wirtschaftskraft der Arbeiterschaft und die Grundlagen und Richtung des gewerkschaftlichen Bildungswezens.

Die Aussprache ergab in allen wesentlichen Fragen völlige Meinungsübereinstimmung. Es darf festgestellt werden, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften — wie nachdrücklich sowohl von Kollegen Siegerwald wie auch von Kollegen Imbusch bekräftigt wurde — über Aufgaben, Wege und Ziele der Bewegung geschlossen und einig gehen.

Reifliche Einmütigkeit der Führertagung ergab sich auch in der Auffassung und dem Wollen, jede Einmischung von Außenstehenden in die Aufgaben und die Führung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entschieden abzulehnen.

Einen breiten Raum in den Beratungen nahmen

die wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gegenwart

ein. Obwohl der Ernst der wirtschaftlichen Lage Deutschlands nicht verkannt wurde,

herrschte Uebereinstimmung, daß ein übertriebener Wirtschaftspessimismus nur dazu benutzt wird, arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen zur Durchführung zu bringen. Ein solches Wollen führt zu starken sozialen Spannungen, zur Schädigung der Wirtschaft und letzten Endes zur Katastrophe. Zur Beseitigung des wachsenden wirtschaftlichen Notstandes erachtete die Führertagung, ein auf der Grundlage anerkannter gegenseitiger Gleichberechtigung beruhendes gemeinsames Handeln von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für ein erstes Erfordernis. Von allen staatlichen, kommunalen und den sonst in Frage kommenden Stellen wurde die Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und vermehrter Fürsorge für die Arbeitslosen verlangt. Die schnellste Einführung der Kurzarbeiter-Unterstützung wurde dringend gefordert.

Entschieden bekannte sich die Tagung zur Notwendigkeit größter Sparsamkeit und weitester Vereinfachung in der öffentlichen Verwaltung nicht minder wie in der Wirtschaft. Der produktiv tätige Mensch dürfe nicht unter der immer stärker werdenden Last der Verwaltung und Verteilung zusammenbrechen.

Die Erträge der Hauszinssteuer

seien der Verwendung in den Haushalten von Staat und Gemeinden zu entziehen und vollständig zur Herstellung neuer Wohnungen zu verwenden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der in Königswinter zu einer Sondertagung zusammentrat, beschloß sich in erster Linie mit dem nächsten

Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes hatte auf seiner Tagung im Oktober zu Saarbrücken einem Antrage des Gewervereins christlicher Vergarbeiter, auf Abhaltung eines Kongresses zugestimmt und den Vorstand mit der Erledigung der Vorarbeiten beauftragt. Die Vorstandsstung in Königswinter beschloß, daß der nächste Kongress der christlichen Gewerkschaften in den Tagen vom 17. bis 19. April 1926 stattfinden soll. Als Kongressstadt kommen Dortmund oder Frankfurt a. M. in Betracht. Die endgültige Entscheidung darüber soll später fallen. Als Verhandlungsgegenstände sind in Aussicht genommen: Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes; die Gewerkschaftsbewegung und der Aufstieg der Arbeiterschaft; Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik; deutsche Sozialpolitik; der Arbeitsgemeinschafts; edanke; Grundlagen und Richtlinien des gewerkschaftlichen Bildungswezens.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung der Vorstandsstung war die Stellungnahme zur

diesjährigen großen Ausstellung in Düsseldorf. In Anbetracht der in den letzten Wochen stark verschlechterten Wirtschaftslage, die ihren Ausdruck auch in einer gewaltigen Zunahme der Arbeitslosigkeit findet, beschloß der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, sich an der „Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen“ („Gesolei“) nicht zu beteiligen. Was in Zeiten normaler und guter Wirtschaftslage angebracht oder nützlich erscheint, muß in Notzeiten eine andere Beurteilung erfahren. Die Beteiligung an der Ausstellung ist immerhin mit gewissen Aufwendungen verbunden. Nach Ansicht des Vorstandes des Gesamtverbandes verpflichtet die gegenwärtige Notlage nicht nur zur größtmöglichen Zurückhaltung im Ausstellungswesen, sondern legt den christlichen Gewerkschaften auch die Pflicht auf, ihre Geldmittel für andere Zwecke, vor allem zur Vinderung der wirtschaftlichen Not zu verwenden.

Unzureichender Wohnungsbau.

Auf der Königswinterer Tagung der Führer der christlichen Gewerkschaften sprach Wohlfahrtsminister Dirksen über das Wohnungsbauproblem. Er führte u. a. aus:

Für das Haushaltsjahr 1925 wurden an Hauszinssteuer in Preußen erhoben 28 Prozent der Friedensmiete, die zur Hälfte zur Förderung der Neubautätigkeit, zur anderen zur Deckung der durch die Dritte Steuerreformverordnung notwendig gewordenen Ausgaben, insbesondere für die Ausgaben der Wohlfahrtspflege, verwendet werden. Die für die Förderung des Wohnungsbaues verfügbaren 14 Prozent stellen einen Betrag von rund 365—375 Millionen Mark dar. Nach Abrechnung der Beträge, die bei dem Mangel an anderen Staatsmitteln für gewisse indirekte Wohnungszwecke verwendet werden mußten (Arbeitgeberdarlehen, landwirtschaftliche Arbeiten, Flüchtlingsfürsorge, Mittel für die Flüchtlingsfürsorgegesellschaften, Landespfandbriefanstalt), verblieben für die unmittelbare Förderung des Wohnungsbaues durch Vergabung von Hauszinssteuerhypotheken noch etwa rund 325 Millionen Mark. Unter Inzurechnung der im Vorjahre begonnenen, aber erst im laufenden Baujahre fertiggestellten Neubauten werden im Jahre 1925 gegen 70 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln hergestellt sein. Außerdem ist noch eine beträchtliche Anzahl neuer Wohnungen aus privater Initiative ohne jedwede Inanspruchnahme öffentlicher Gelder errichtet worden. Unter Zugrundelegung der Vorkriegszahlen hat man errechnet, daß zur Erzielung eines einigermaßen normalen Wohnungsmarktes in den nächsten sieben Jahren im Reich insgesamt etwa 1,6 Millionen neue Wohnungen errichtet werden müßten oder, auf das Jahr umgerechnet, rund 225 000 Wohnungen im Reich.

h. h. in Preußen etwa 130—150 000 Wohnungen.

Gegenüber dieser Rechnung würde das Baujahr 1925 bereits einen Fehlbetrag aufweisen. Die Aussichten für die Bauperiode des Jahres 1926 werden sich noch schlechter gestalten, falls der Gesekentwurf zur Annahme gelangen sollte, der gegenwärtig dem Landtag bzw. dem Staatsrat zur Beschlussfassung vorliegt und durch den die zurzeit als Hauszinssteuer bezeichnete Geldwertverteilungsgleichheitssteuer auf eine andere Grundlage gestellt werden soll. Unter der Voraussetzung, daß die Miete gemäß den reichsgesetzlichen Bestimmungen vom 1. April ab auf 100 v. H. der Friedensmiete erhöht wird, soll eine Steuer in Höhe von 40 Proz. der Friedensmiete erhoben werden. Davon soll ein Betrag von 16 Prozent für die Aufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens zur Verfügung gestellt werden. Die in der Begründung zu diesem Gesekentwurf niedergelegten Berechnungen lassen erkennen, daß hier auf 16 Prozent festgesetzte Betrag, der zur Förderung der Aufgaben des Wohnungswesens dienen soll, zahlenmäßig hinter dem zurück bleibt, was für die Unterstützung der Neubautätigkeit im Jahre 1925 zur Verfügung kam.

Da diese Mittel sich schon gegenüber dem tatsächlichen Bedarf als völlig unzureichend erweisen haben, werden die verminderten Einkünfte an Hauszinssteuer für 1926, die sich schätzungsweise auf etwa 350 Millionen Mark belaufen, für die Aufgaben des Wohnungswesens nicht ausreichen, da für die Gewährung von öffentlichen Hauszinssteuerrhypotheken nur ein Nettobetrag von rund 200 Millionen verbleibt. Nach den Beschlüssen des Landtages sind hiervon auf Grund der Verordnung des Volkswohlfahrtsministers vom 20. Juni 1925 für Kinderreiche und Schwerkrriegsbeschädigte höhere Beihilfen zu gewähren, die gegebenenfalls bis zur Höhe der Gesamtbautkosten gehen können. Es werden also bestenfalls 40 000 bis 50 000 neue Wohnungen gebaut werden können. (1)

Der Minister sagte zum Schluß seine Forderung dahin zusammen, daß Reich, Staat und Kommunen ihrer Staatspolitik grundsätzlich vor allem auf die notwendigsten sozialen Bedürfnisse des Wohnungsbaues einstellen sollen.

Gewerkschaftliche

Jugendorganisation im Handwerk.

Ueber dieses Thema sprach auf der Jugendführertagung in Königswinter Kollege Schmidt-Köln. Er führte u. a. folgendes aus:

Jugendarbeit im Handwerk erfordert klare Einstellung der Jugendführer zum Handwerk. Das Handwerk nimmt im gewerblichen und wirtschaftlichen Leben eine Sonderstellung ein. Dies kommt auch zum Ausdruck in der besonderen Stellung, die dem Handwerk in der Gesetzgebung (Reichsgewerbeordnung) einge-räumt ist. Dem Handwerk obliegt die Aufgabe, in ganz besonderem Maße seinen Nachwuchs zu pflegen. Die Jugend im Handwerk muß, wenn das Handwerk sich in der Zukunft behaupten will, zu charaktervollen und sachlich tüchtigen Menschen erzogen, bzw. ausgebildet werden. Hierfür hat jede gewerkschaftliche Arbeit für die Handwerkerjugend Rücksicht zu nehmen. Doch nicht nur das. Unsere Jugendarbeit im Handwerk muß so eingestellt sein, daß sie die Ausbildung der jungen Handwerker in bestmöglicher Weise fördert.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß gegenwärtig die Jugend stark unwohl ist. Da kann einem leicht der Gedanke kommen, ob in der Beziehung manchmal nicht des Guten zuviel geschieht. Fast alle politischen Parteien, Kirchengemeinschaften, Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und viele Andere versuchen, die Jugend an sich zu ziehen. Manche Bestrebungen auf diesem Gebiete sind gut. Dagegen würde vieles, was nach der Richtung hin geschieht, besser unterbleiben. Unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit muß geleitet sein von der Liebe zur Jugend, von dem

Bestreben, der Jugend Hilfe zu leisten in seelischer und geistiger Beziehung, deren sie in unserer Zeit dringend bedarf.

Im Handwerk ist die Erziehung des Nachwuchses von ganz besonderer Bedeutung. Nur spätererworbene Menschen werden befähigt sein, sich im Handwerk zu behaupten. Sachliches Können ist ferner Voraussetzung für eine auskömmliche Existenz im Handwerk. Schon in den Gesellenjahren wird von den jungen Leuten sehr viel sachliches Können verlangt, zweifellos wesentlich mehr als vor 25 Jahren. Mangelhaft ausgebildeten jungen Handwerker-gesellen fällt es deshalb außerordentlich schwer, sich in guten Verhältnissen zu behaupten. In Zeiten, wo das Wirtschaftsleben stagniert, haben es schlecht ausgebildete junge Handwerker doppelt schwer. Es gelingt ihnen dann überhaupt nicht, irgendwo in Arbeit zu kommen.

Auch aus gewerkschaftlichen Gründen ist eine bestmögliche Sach-tüchtigkeit der Handwerker-gesellen von allgrößter Bedeutung. Mit sach-tüchtigen Leuten kann gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden; mit Stümpern nicht. Bei allen Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geben die sach-tüchtigsten Leute den Ausschlag für den Erfolg oder das Mißlingen.

In den meisten jungen Handwerkerkreisen steht das Bestreben, einmal selbständig ihr Handwerk auszuüben. Wir haben keine Ursache, dieses Bestreben zu unterbinden oder verkümmern zu lassen. Im Gegenteil. Es kann für unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen nur von Vorteil sein, wenn recht viele Handwerkermeister durch die Schule unserer Bewegung gegangen sind. Es ist deshalb durchaus gesund, wenn in unseren Jugendgruppen auch das Standesbewußtsein gepflegt wird.

Die Erfassung der Jugend, vornehmlich im Handwerk ist eine dringliche Aufgabe der betreffenden gewerkschaftlichen Berufsverbände. Unsere Ortsgruppen haben in erster Linie die Aufgabe, die Handwerkerjugend, insbesondere die Lehrlinge, zu betreuen. Die Mittel, um an die Jugend heranzukommen, können ja nach den örtlichen Verhältnissen sehr verschieden sein. Erste Arbeit, wenn man eine Jugendgruppe aufziehen will, ist die Beschaffung des Warenaaterials. Im Besitze desselben kann die Arbeit beginnen. Man Sorge zunächst für den notwendigen Organisationsapparat. Hierzu gehört: ein Handwerker-geselle reiferen Alters, der über eine vorzügliche Sach-tüchtigkeit in seinem Berufe verfügt, guten Charakter hat und der die Eigenschaft zu reinem Führen und möglichst viel Liebe zur Jugend besitzt. Für größere Orte ist es zweck-mäßig, wenn man sich sofort nach Mitarbeitern umsieht, die ähnliche Eigenschaften besitzen, um durch Arbeitsteilung eine möglichst individuelle Beobachtung und Behandlung der Lehrlinge zu ermöglichen.

Der Jugendführer bzw. seine Mitarbeiter haben die Aufgabe:

a) mit den Eltern der Lehrlinge in ständiger Fühlung zu bleiben. (Die Eltern müssen, zumal in der heutigen Zeit, wo die Jugend stark gefährdet ist, das Bewußtsein haben, daß sich die Gewerkschaft wirklich um ihre heranwachsenden Kinder bekümmert);

b) das Lehrverhältnis zu überwachen und wo sich Mängel zeigen, alle zur Verfügung stehenden Stellen um Abhilfe eruchen;

c) gewerkschaftsseitigen Schutz der Lehrlinge veranlassen, wo dieses irgendwo geboten erscheint (Zunungen, Handwerkskammern usw. sind gegebenenfalls in Anspruch zu nehmen).

Um die Jugend selbst zur Mitarbeit anzu-zureichern, muß jede Gruppe sich einen aus-jugendlichen selbst gebildeten Vorstand schaffen, damit auch die Jugend selbstig zur Verantwortung erzogen wird.

Als Mittel zur Belehrung und Schulung kommen in Frage: einfache Darstellung der Gewerkschaftsnotwendigkeit und Gewerkschaftsaufgaben zum Zwecke der Vorbereitung auf eine richtige Bewertung der Arbeitsleistung und Wertschätzung des Trägers der Arbeit; eventuell Einrichtungen zur sachlichen Weiter-

bildung, Beschäftigung von Museen, Kunstent-wärtern, Ausstellungen usw. unter fachkundiger Führung; im beschränktem Maße auch Wand-erungen in Verbindung mit geeigneten Be-schäftigungen. In manchen Berufen wird zur Förderung der Jugendarbeit eine Sammlung von Materialien, die im Berufe zur Verwen-dung kommen oder auch von Rohstoffen zweck-dienlich sein. Materialkunde ist von größter Bedeutung für Sach-tüchtigkeit. Sittkunde und Geschichte des Handwerks sind ebenfalls gute Lehrstoffe.

Die Gewerkschaftsbewegung hat die Auf-gabe, den Jugendschutz zu fördern. Man braucht damit die Jugendgruppen nicht zu be-lasten. Aber als Bewegung müssen wir dafür sorgen, daß die Jugendlichen genügend Frei-zeit haben, daß ihre Arbeitszeit richtig geregelt ist, daß die Entschädigungsätze angemessen sind usw. Unsere Bewegung muß für ge-nügenden Einfluß auf die Gesetzgebung für das Handwerk und deren Handhabung sorgen. Je mehr die Jugend und deren Eltern verspüren, daß die Gewerkschaft wirklich hilft und helfen kann, steigt das Vertrauen zur Gewerkschaft.

Mit der Uebernahme der Jugendführung auf wirtschaftlichen, sachlichen und beruflichen Gebieten erwächst für die Gewerkschaften eine ungeheure Verantwortung. Wir müssen Jugendarbeit leisten nach den hier skizzierten Richtlinien. Nicht mit demagogischen Mitteln, nicht mit Erregung von Haß und Neid kann ein neues Geschlecht günstig eingereicht werden in die Gesellschaft. Unsere Ziele erreichen wir nur, wenn wir Bildungs- und Schulungsarbeit an der Jugend unter dem Gesichtswinkel christ-licher Weltanschauung und des christlichen Sittensinnes leisten. Daneben muß einbe-gangen werden die Solidarität und des Gemein-sinns. So die Jugendarbeit im Handwerk auf-gesetzt, wird sie den Boden vorbereiten, auf dem ein gelundenes neues Geschlecht und auch eine gute und starke christliche Gewerkschafts-bewegung gedeihen können.

Was soll das heißen?

Schon seit längerer Zeit tauchen mal hier und mal dort Klagen unserer Funktionäre auf, daß Beamte und Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sich unieren Mitgliedern gegenüber Äußerungen heraus-nehmen, die weit über das Maß einer zulässi-gen Agitation hinausgehen. Auch der Hirsch-Dunderberg-Verband hatte schon mal solche Klagen zu führen. Wir liegen Nachrichten vor über Auslassungen führender Leute im Bekleidungsarbeiterverband uns gegenüber, die nicht unwidersprochen bleiben können. Wir haben bisher in Berücksichtigung der Sachlage, daß es in dieser schwierigen Situation dem Interesse der Arbeiterschaft dient, wenn man den gewerkschaftlichen Konkurrenzkampf der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen unter-einander nur in dem absolut notwendigen Ausmaß und auch in nobler und sachlicher Form führt, alle Schärpen zu vermeiden ver-sucht. So mögen sich die Leute vom Beklei-dungsarbeiterverband mitteilen lassen, in we-cher Form ich noch in jüngster Zeit eine Reihe Verammlungen im Wschaffensburner Gebiet ge-halten habe, in denen auch Mitglieder des freien Verbandes anwesend waren. Sachlich, ohne alle gehässige Seiten; so in Korbach, in Großwallstadt, in Eisenfeld, in öffentlicher Verammlung. Dieser Art Kampf scheint einem Teil der Beamten des D. B. A. B. aber nicht zu behagen. Sie wollen schärfere Töne, die oft die notwendige Sachlichkeit vermissen lassen. Beweis dafür ist ein Brief aus dem Mainzer Gebiet, eine Verammlung im Früh-lahr 1925 in Gaffau, so sehtin in Baden, und andere mehr. Seit Sommer 1925 mehren sich bei uns die Stimmen, die behaupten, der D. B. A. B. habe auf seiner Generalveramml-ung in Weipzig Mittel erwogen, den Kon-kurrenzorganisationen den Garau zu machen, sie niederzubozen. Fast scheint es, daß sie Recht haben, denn die Klagen über ungebühr-liche Agitationsmethoden von Leuten im freien Verband häufen sich. Diese Kampfstunde mü-

gen sich aber gesagt sein lassen, daß wir nicht gewillt sind, ruhig alle Forderungen über uns ergehen zu lassen. Nobel und sachlich kämpfen, wie wir es gewohnt sind, heißt selbstverständlich nicht, zu allen Gehässigkeiten zu schweigen! Allem bisherigen scheint nun aber der Gau-leiter Schärtl aus Stuttgart die Krone aufzusetzen zu wollen. Dabei wendet er seine eigene Methode, die wir bei ihm schon früher gewohnt waren, an. In einer öffentlichen Versammlung in Augsburg am 6. Januar führte er sich bemüht, im Schlußwort (im Referat hatte er wohl nicht den Mut, weil auch von uns Leute da waren!) an meiner Person sich zu reiben. So soll ich bei der letzten Verhandlung im August in der Herrenkonfession eine jämmerliche Rolle gespielt haben. Lieber Schärtl! Du hast wohl die Namen verwechselt! Wer hat bei der Sommerverhandlung eine jämmerliche Rolle und dabei obendrein noch eine sehr unkollegiale gespielt? Ich habe bisher auch unsern Kollegen gegenüber so manches für mich behauptet. Aber Schärtl darf sich nicht einbilden, daß ich seine unqualifizierten Angriffe ruhig hinnehme. Es sind bei den Verhandlungen der letzten Jahre manche komische Momente gewesen, aber ich darf auf meine Tatkraft mit ruhigem Gewissen zurückblicken. Und unser Verband hat in all den vergangenen Jahren bei allen Verhandlungen in ehrlicher Wahrung der Arbeiterinteressen bei der gemeinsamen Arbeit immer die Kollektalität gewahrt! Schärtl ist sehr wohl im Bilde, daß man das bei verständlichen Anlässen von seiner Organisation nicht sagen kann. Genau so verhält es sich mit Schärtls Behauptungen über die Arbeit unserer Kollegin Annmann, die sehr oft Anlaß hatte, über unkollegiales Verhalten (wir wollen keinen drücklicheren Ausdruck gebrauchen) des Herrn Schärtl vom freien Verband zu klagen!

Aber, so stellen wir die Frage, wie kann Schärtl überhaupt solche Behauptungen über mein Verhalten bei der Sommerbewegung aufstellen? Er ist ja nie anwesend gewesen. Entweder, er laugt sich seine Behauptungen einfach aus den Fingern (und das nennt man im gewöhnlichen Leben Lügen!) oder er nimmt sie aus Mittelstücken seiner Zentrale. Und die hat doch wahrhaftig keine Ursache, ihrerseits bezüglich der Sommerverhandlung andere zu beschäftigen!

Doch wir fragen: Was soll das alles heißen? Will der Deutsche Pestkuratorverband oder wollen seine Funktionäre unter allen Umständen einen unschönen Kampf mit den anderen Organisationen vom Zaune brechen? Sucht man Ablenkung von eigenen Schwächen oder Mißerfolgen? Ich denke, man hat dort zunächst noch mit den eignen renitenten Brüdern im Kommunistentour zu tun!

Ich will aber heute die Dinge nicht weiter aufspinnen. Sagen könnte ich dazu noch vieles. Ich will auch jetzt noch alle Bitterkeit zurückdrängen, die einem aus manchem Verhalten von Leuten aus dem freien Verband aufsteigen muß. Deshalb beschäme ich mich auch nicht mit Schärtls Entwürfen auf unseren Verband als solchen. Aber ich sage noch einmal: Wir hatten einen sachlichen und vor allem fairen Konfliktkampf der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen als im Interesse der Arbeiterschaft liegend! Die Arbeiterschaft könnte nichts Besseres beginnen, als in der gegenwärtigen Zeit sich gegenseitig zu zerstreuen! Will es die Gewerkschaft anders, so sind wir jedoch nicht gewillt, allen Dreck auf uns abladen zu lassen!

Bernhard Böder.

Tarfbewegung.

Wahlfrage.

Der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidgewerbe hat bei den Gehilfenverbänden beantragt, am 3. Februar eine Verhandlung zwecks Neuregelung der

Städtegruppierung zu führen. Als Vorarbeit hierzu wünscht er eine gemeinsame Erhebung über die Lebensmittelpreise am 22. Januar. Ferner beantragt der Arbeitgeberverband für eine größere Anzahl von Orten eine Revision der Reichslohnklassen, weil nach seiner Auffassung in diesen Orten die Reichslohnklassen zu hoch liegen.

Für die Verhandlungen wünscht der Arbeitgeberverband die Hinzuziehung des Kollegiums der Unparteiischen, das in den Fällen, wo eine Einigung nicht möglich ist, endgültig entscheiden soll.

Spezifizierte Anträge, für welche Orte die Revisionen stattfinden sollen, sind bisher nicht gestellt. Solange dies nicht der Fall ist, läßt sich die Tragweite der in Aussicht stehenden Anträge nicht beurteilen.

Wir glauben jedoch nicht, daß im Hinblick auf die Anträge betreffend Revision der Reichslohnklassen die Verhandlungen am 3. Februar stattfinden können. Es kann uns schließlich doch nicht zugemutet werden, über Anträge von so weittragender Bedeutung zu verhandeln, bevor wir nicht die Möglichkeit hatten, die diesbezüglichen Verhältnisse an den in Frage kommenden Orten genau zu untersuchen.

Wir enthalten uns vorläufig jeden Urteils über die geplante Aktion des Adas. Wenn die spezifizierten Anträge in unseren Händen sind, sehen wir klarer. Im übrigen sind unsere Mitglieder auch in der Lage, zu überlegen, wie sich die Anträge des Adas für ihr Lohnverhältnis auswirken, wenn sie davon betroffen werden und darum können sie rechtzeitig vorbeugen, um ihre Rechte zu wahren. Mehr brauchen wir heute nicht zu sagen. Die Schlußfolgerungen ergeben sich für unsere Mitglieder von selbst.

Herren- und Knabenkonfession.

Die Ortsgruppen sind bereits verständigt, daß der Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten in einer besonderen Sitzung, zu der er eingeladen hatte, an die Gewerkschaften den Antrag stellte, den Reichstarifvertrag samt Lohnabkommen, unter Abänderung des Stückzeitenschemas nach den sogenannten „Breslauer Anträgen“ bis zum 30. April 1926 zu verlängern. In diesem Antrag, über den offiziell am 11. Januar verhandelt worden ist, hatten die Gewerkschaftsinstanzen Stellung genommen. In Rücksicht auf den Verlauf der Sommerbewegung und des damaligen Angebotes der Arbeitgeber, ferner des viel zu niedrigen Lohnniveaus im allgemeinen, glaubten sie sich nicht in der Lage, ohne irgendwelche Zugeständnisse der Arbeitgeber zu den Forderungen der Gewerkschaften eine Bindung über die Saison hinweg und damit bis zum Sommer, eingehen zu können. Dieser Entschluß ist unter gleichzeitiger erneuter Ueberzeugung der notwendigsten Forderungen dem Arbeitgeberverband mitgeteilt. Bis zum Redaktionschluß lag über die Monatsverhandlung noch keine Mitteilung vor. Die Ortsgruppen erhalten durch Rundschreiben Nachricht.

Uniformlieferung.

In einer Aussprache über den technischen Gang der im Januar stattfindenden Verhandlung über den vom Arbeitgeberverband geforderten Reichstarifvertrag und das Lohnabkommen im Reichsarbeitsministerium ist vereinbart, daß die Parteien bis gegen 16.17. Januar ihre Vorschläge gegenseitig austauschen sollen. Die Verhandlungen selbst sind für den 21. bis etwa 24. Januar festgelegt. In den ersten beiden Tagen unter eventl. Mitwirkung des Referenten im R. A. M. Stadtrat Runge, und am 23. und 24., falls letzterer Tag noch notwendig, unter dem Vorsitz des unparteiischen Kollegiums, Stadtrat Runge, Magistratsrat Maguhn und tariflichen Oberstabsrichter Jersker.

Erfolge unserer Bewegung auf steuerlichem Gebiete.

Es ist in der Presse in den letzten Jahren oft betont worden, daß die sozialpolitischen Erfolge auf steuerlichem Gebiete durch die Arbeit der Vertreter der christlichen Arbeiterschaft stark beeinflusst wurden. Wie man aber auch außerhalb der parlamentarischen Körperschaften auf diesen Gebieten manches zu Gunsten der Arbeiterschaft erreichen kann, zeigt neuerdings ein Erfolg unseres Verbandes im Wschaffenburg Konfessionsgebiet. Hier wurden die Hausarbeiter (mehrere Tausend) seit Frühjahr 1924 in der Besteuerung als selbständige Gewerbetreibende behandelt, obwohl es sich um Lohnarbeiter, gleich den anderen, handelt. Sie wurden deshalb nicht nur zur Steuerorauszahlung herangezogen, sondern auch zur Gewerbesteuer und den Gemeindefinanzumlagen. Allen Bemühungen der örtlichen Organisation auf Beseitigung dieser nirgends begründeten und in keinem andern Konfessionsgebiet Deutschlands geübten Praxis blieb zunächst der Erfolg verjagt. Das zuständige Landesfinanzamt Würzburg stützte sich bei seiner, die Vorstellungen der Organisations (Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren dabei einer Meinung) ablehnenden Haltung auf Erlass des Reichsfinanzministeriums, die z. T. die Wschaffenburg Verhältnisse garnicht betrafen. Andererseits berief sich das Reichsfinanzministerium auf die Auskünfte, die es vom Landesfinanzamt Würzburg erhalten habe.

Kunmehr ist es einem neuen, scharfen Vorstoß unseres Verbandes unter Unterstützung des Steuerreferenten des D. G. B., des Abgeordneten Dr. Brüning, gelungen, nach erfolgten Aussprachen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern mit den in Frage kommenden Finanzämtern und dem Landesfinanzamt Würzburg eine Beseitigung des unhaltbaren und die Arbeiterschaft in der jetzigen Arbeitslosigkeit doppelt hart treffenden Zustandes zu erreichen. Es findet jetzt der Lohnsteuerabzug wie überall Anwendung. Damit ist eine schwere Beunruhigung und Benachteiligung der dortigen Konfessionsarbeiter beseitigt. Der Erfolg kann in der Hauptsache auf das Konto unseres Verbandes gebucht werden.

Ortsgruppenberichte.

Frankfurt a. M. Auf einer Agitationstour suchte unsere Ortsgruppe unferngangt unter neuer Bezirksleiter, Kollege Kessel. Aus diesem Anlaß hatten wir eine außerordentliche Versammlung einberufen, an welcher auch die Mitglieder von Schwannheim und die Jugendgruppe Griesheim teilnahmen. Bemerkenswert ist, daß Kollege Kessel im Jahre 1910 in Frankfurt in die Organisation aufgenommen wurde. Damals hat er sich wohl nicht träumen lassen, daß er 16 Jahre später in seiner jetzigen Eigenschaft als Bezirksleiter die Gruppe besuchen würde. Kollege Kessel referierte über das Thema: „Die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Strömungen der Gegenwart.“ Er führte u. a. aus: In der heutigen Zeit, wo ein Großteil der Unternehmer, aber auch sehr viele Arbeitnehmer vom Geiste des Materialismus angesteckt sind, erblickt man überall Kampf, Kampf des Einen gegen den Anderen. Das war nicht immer so. Es hat Zeiten gegeben, wo insoweit besonderer Vorgänge — Not des Volkes usw. — ein gemeinsames Wollen und Arbeiten der verschiedenen Stände vorhanden war. So war bei Ausbruch des Krieges das gesamte Volk einig in dem Willen, sich als Volk und Nation zu behaupten. In der heutigen bebrängten Zeit sollte allen Deutschen als Ziel vor Augen schweben: das Wohl des gesamten deutschen Volkes. Leider sind wir davon weit entfernt. Gerade in den Jahren der Not und des Massenelends haben viele Unternehmer sehr viel Anlaß gegeben zum Klassenkampf. Ihre Handlungen gebären Zwist und Haß. Hat man sich im Arbeit-

gebetlager nicht unablässig bemüht, alle Lasten, die unserer Volks erwachsen sind, auf die Arbeitnehmer abwälzen? — Betrachten wir doch nur die Vorgänge in den letzten Monaten mit ihren Massenentlassungen! Es ist tief bedauerlich, daß auch so viele Arbeitgeber, die christlich sein wollen, in ihren Handlungen absolut nichts vom Christentum praktizieren. Auch sie sind dem Materialismus verfallen und stellen den eigenen Profit höher, als das Wohl der Allgemeinheit. Wohl erkennen wir an, daß mancher Arbeitgeber schwer um seine Existenz, bezw. die seines Unternehmens kämpfen muß. Man soll jedoch nicht in allen Fällen — wie es leider geschieht — die Prosperität eines Unternehmens auf Kosten der Arbeitnehmer herbeizuführen suchen!

Unseren Mitgliedern erwächst aus der gegenwärtigen Lage die Pflicht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unsere Bewegung zu unterstützen. Die christl. Bewegung hat Reis und Jaserzeit in Wort und Tat an der Förderung des Allgemeinwohles mitgearbeitet. Stets bekundete sie auch Verantwortungsgefühl gegenüber anderen Volksschichten. Unzufriedenheit ist leicht gefäß. Wir brauchen jedoch Verantwortungsgefühl Aller, wenn unser Volk und unsere Wirtschaft wieder gesunden soll. Das Keferat fand lebhaften Beifall und eine rege Diskussion. Nach Schluß der Versammlung blieben die Anwesenden noch einige Zeit zu gemütlicher Unterhaltung beisammen.

Ein Produktionsklub der Verbraucher.

Von Peter Schlaad, M. d. N.

Preisabbau, so lautet das Schlagwort, welches heute durch die deutschen Lande hallt. Alle Wirtschaftsgruppen des Handels und der Industrie nahmen Stellung dazu. Alle zustimmend, aber jede Gruppe für sich den Vorbehalt machend, daß eine Verteuerung durch ihre Tätigkeit nicht stattfinden. Selbst die Kartelle und Syndikate, bei denen zum Teil ohn. Zweifel Verteuerungen vorliegen, verkennen, daß ihre Tätigkeit nur dem Allgemeinwohl diene. Das Kabinett Luther ist mit Energie seinen Weg gegangen. Luther wollte sein Versprechen bei der Beratung der Zollvorlage wahr machen, daß er einen Preisabbau erzwingen werde. Das Vorgehen der Regierung Luther hatte ohne Zweifel einen Erfolg, nicht den Erfolg, daß die Preise sich senkten, sondern daß manche geplante Erhöhung unterblieb. Soweit hier, und da bei diesem oder jenem Bedarfsgut eine Preisentkung eingetreten ist, ist diese Tatsache nicht die Folge der Aktion der Regierung, sondern eine Begleiterscheinung der guten Ernte im In- und Auslande. Würde nicht dieses glückliche Zusammenreffen der guten Ernte und der Erntezeit mit dem Inkrafttreten des Sozialgesetzes vorhanden gewesen sein, so würden wir einen starken Preisauftrieb erlebt haben.

Die breiten Verbraucherschichten müssen sich jedoch darüber klar sein, daß die Wirkung der Preisabbauaktion der Regierung keine dauernde sein wird, sondern daß über kurz oder lang die Tätigkeit der Preisventionen wieder einlehen wird und damit erneute Verteuerung der täglichen Bedarfsgüter in Aussicht steht. Selbst die Fabrikanten von überseutenerten Markenartikeln wehren sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Herabsetzung ihrer Preise. Nicht lange mehr und die Preisabbauaktion der Reichsregierung geht der Geschichte an und die Verbraucher werden nach wie vor das Objekt gewinnheißender privater Händler und Verteller sein.

Muß dieser Zustand denn für ewig so sein? Nein, dieser Zustand kann aufgehoben, kann geändert werden, wenn die breiten Schichten gewillt sind, ihre Kauf- und Kapitalkraft zur Aenderung dieses unhaltbaren Zustandes einzusetzen. Die Einordnung der Verbraucher und Arbeitnehmer in die deutsche Wirtschaft ist der Weg, der eine Aenderung erzwingen kann.

Der Weg ist einfach. Organisation der Kauf- und Sparkraft der breiten Schichten in den Konsumgenossenschaften ist das Mittel, welches zum Erfolge führen wird. Die Verbraucher müssen ihr eigener Kaufmann, ihr eigener Händler und ihre eigene Sparkasse werden.

Die erste Stufe des Eindringens in die Wirtschaft ist der gemeinsame Einkauf für den gemeinsamen Bedarf. Ausschluß des überflüssigen Zwischenhandels und Gewinne ist die Folge. Diese erste Stufe stellen unsere deutschen Konsumvereine dar, nur müßten denselben anstatt vier Millionen Familien zehn Millionen Familien angehören. Alsdann sind unsere deutschen Konsumvereine noch nicht so weit, um alle Bedarfsgüter zu vermitteln. Es fehlen dafür die unbedingt notwendigen finan-



Ich wüßte keine Zeitung in Deutschland, der ich innerlich näher stände...

So urteilt ein eifriger Leser des führenden Blattes unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes „Der Deutsche“. Warum? Weil er erkannte, daß diese Arbeitnehmerzeitung seine Belange fördert.

Darum, lies auch Du den „Deutschen“ und wird für ihn viele neue Freunde.

*) Der „Deutsche“ ist das führende Organ unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes. Verbandsmitgliedern wird die Tageszeitung zum Vorzugspreise von 2 Mark (statt 3 Mark) geliefert. Bestellungen nimmt jede Ortsgruppe entgegen.

ziellen Mittel. Eine große Anzahl von Konsumgenossenschaften hat schon die zweite Stufe des Eintritts in die Wirtschaft erklommen. Sie haben Produktionsbetriebe, vor allem Brotbäckereien errichtet, um dieses wichtige Nahrungsmittel selbst herzustellen, und damit auch den Gewinn des privaten Händlers dem Verbraucher zuzuleiten. Eine ganze Anzahl von Produktionsbetrieben kann jedoch die einzelne Genossenschaft nicht errichten, weil der Bedarf der einzelnen Genossenschaft zu klein und die Kapitalkraft zu gering ist, um diese große Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe fällt der Warenzentrale der Konsumvereine zu.

Die Warenzentrale des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine ist die „Gepag“ (Gesamterwerbungs- und Produktions-Attien-gesellschaft deutscher Konsumvereine im Düsseldorf-Reichsholz). Dieselbe betreibt heute schon eine Seifenfabrik, eine Fleischwarenfabrik, eine Zigarrenfabrik, eine Kaffeebrösterel und eine Buchdruckerel. Die „Gepag“-Betriebe beschäftigen heute schon eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten, die lohnende Arbeit in denselben gefunden haben und zwar im Dienste ihrer eigenen Standesgenossen. Diese Betriebe sind aber nur ein Anfang, denn das

Ziel muß sein, alle Bedarfsgüter der breiten Schichten selbst herzustellen. Die Voraussetzung dieser eigenen Wirtschaft der Verbraucher aber ist Geld, Geld und wieder Geld. Die Genossenschaftsbewegung der breiten Verbraucherschichten kann nicht nur mit Idealen ihre neue Sozialwirtschaft aufbauen. Zu diesem Aufbau bedarf sie leider ebenso des schändlichen Kommons, als der private Fabrikant und Industrielle.

Woher soll dieses Genossenschaftskapital kommen? Der einzige Weg, dieses Kapital zu erhalten, ist die Sparkraft der Verbraucher. Man wird einwenden, daß das Einkommen der breiten Schichten so gering wäre, daß Sparen eine Unmöglichkeit sei. Ich verstehe nicht die schwere Lage der Arbeitnehmer, aber trotzdem muß das Kapital für die Eigenwirtschaft der Verbraucher beschafft werden. Wo der Wille vorhanden ist, da wird er zur Tat werden. Es sind auch keine großen Summen, die von den einzelnen verlangt werden. Jeder Verbraucher, jeder Gewerkschaftler und jedes Arbeitervereinsmitglied, jeder gebe einige Mark und ein guter Anfang ist gemacht. In dieser Frage der Schaffung der Eigenwirtschaft der Verbraucher muß Konsumgenossenschaft, Gewerkschaft und Arbeiterverein Hand in Hand gehen. Die Mitglieder dieser Organisationen sind in gleicher Weise an diesem Ziel des Eindringens in die private Wirtschaft interessiert.

Der Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Dresden hat beschlossen, einen Produktionsklub von einer Million Reichsmark zu schaffen. An der Schaffung dieses Klubs sollen alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, sich beteiligen. Jeder soll einige Mark als Darlehen der „Gepag“, der Zentrale der neutralen Konsumgenossenschaftsbewegung, dargehen. Es wird kein Opfer verlangt, sondern dieser Betrag wird als Spargeld verzinst und nach Ablauf von zehn Jahren mit dem doppelten Betrage zurückvergütet. Diese Beträge werden während im Interesse der Verbraucher in den eigenen Produktionsbetrieben der „Gepag“ angelegt.

Die Verbraucherschicht hat doppelten Nutzen von dieser Dargabe des geringen Betrages zum Genossenschaftsklub. Erstens erhält jeder einzelne eine gute Verzinsung und zweitens wird die Eigenwirtschaft und die preisverbilligende Tätigkeit der Genossenschaftsbewegung gestärkt. Die Schatzscheine sind ausgegeben auf eine Reichsmark und werden nach zehn Jahren mit zwei Reichsmark zurückgezahlt. Diese Schatzscheine sind in allen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine zu haben. Desgleichen sind dieselben bei Einlösung des Betrages zugänglich einer 10 Pf.-Freimarkte von der „Gepag“ Düsseldorf-Reichsholz zu erhalten. Diese kurze Adresse genügt.

Ebenso werden die Schatzscheine durch die Organisationen der Gewerkschaften und der Arbeitervereine zu haben sein.

Es wird sich jetzt zeigen müssen, ob die Verbraucher sich mit Schimpfen auf die hohen Preise begnügen wollen, ohne Erfolg, oder ob sie bereit sind, praktisch selbst Hand anzulegen, um Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen. Das Sprichwort, „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied“, gilt auch hier. Alle Hoffnungen auf Staat und Gesellschaft und ihre Gelehe werden vergebens sein, wenn die breiten Schichten nicht als sozialer Wirtschaftsfaktor in die private Wirtschaft eintreten. Jeder, auch der ärmste, kann für dieses große Ziel einer starken Sozialwirtschaft einige Mark hergeben. Was nützt alles Schimpfen über den privaten Kapitalismus, wenn wir nicht bereit sind, unsere Kauf- und Sparkraft für die Eigenwirtschaft einzusetzen. Der Produktionsklub der Konsumgenossenschaften ist der Schlüssel, ob die Verbraucher reif sind zur Selbsthilfe und fähig zur Gestaltung ihrer eigenen Wirtschaft. Dieser Beweis muß erbracht werden, das verlangt die Lage und das Ansehen der breiten Schichten, die sich empowern müssen zu Recht und Recht im Interesse der Zukunft unseres Volkes.